

Antrag

der Abg. Klubobfrau Mag.^a Berthold MBA, Scheinast und Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl betreffend die Kürzungen in der Familienberatung und Elternbildung

Familien geraten in Österreich immer stärker unter Druck und in Überforderung. Die Familienberatungsstellen und die Elternbildung leisten mit ihrem hochqualifizierten Fachpersonal hier akute und nachhaltig wirksame Hilfe.

Österreich verfügt über ein Netz von knapp 400 Familienberatungsstellen, die nach dem Familienberatungsförderungsgesetz vom Bundeskanzleramt gefördert werden. Hier wird kostenfreie und anonyme Beratung für Paar-, Familien- und Lebensfragen angeboten. Neben der Beratung im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe bieten die Familienberatungsstellen auch Information und präventive Aufklärungsarbeit an.

In einem Schreiben an die Familienberatungsstellen heißt es, dass die Kürzung für alle Rechtsträger 4,2 % beträgt. Diese Kürzung ist in keiner Weise nachzuvollziehen, da die Förderung seit mehr als 20 Jahren weder an die Inflation noch an die Personalkostensteigerungen angepasst worden ist. Auch für die 35 Beratungsstellen im Land Salzburg hätten die Kürzungen negative Auswirkungen.

Die Elternbildung unterstützt dabei, Informationen zu sammeln, Erfahrungen auszutauschen, eigene Stärken zu entdecken und schließlich auch praktische Anregungen für den Erziehungsalltag mitzunehmen. So können auch Kinder besser unterstützt werden und Eltern übersehen bei allem Eingehen auf die kindlichen Bedürfnisse nicht ihre eigenen. Veranstaltungen, wie zum Beispiel Eltern-Kind-Gruppen, Vorträge und Workshops werden dabei von verschiedensten, vor allem gemeinnützigen, Trägern in ganz Österreich organisiert.

Seitens der Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend sind die Gelder für die Elternbildung um 5 % und für Neugründung und Mitarbeiter- und Mitarbeiterinnenbildung um 8 % gekürzt worden. Dies ist die erste Kürzung, seitdem die Elternbildung eine Förderung vom Bundesministerium erhält.

Eine Kürzung bedeutet, dass österreichweit etliche Beratungs-, Veranstaltungs- und Fortbildungsstunden eingespart werden müssen. Tausende Menschen in Krisensituationen, Paare, Eltern und ihre Kinder wären betroffen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

1. Die Salzburger Landesregierung wird ersucht, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, dass die Subventionen der Familienberatungsstellen und der Elternarbeit nicht gekürzt werden.
2. Der Antrag wird dem Sozial-, Gesellschafts- und Gesundheitsausschuss zur weiteren Beratung, Berichterstattung und Antragstellung zugewiesen.

Salzburg, am 3. Oktober 2018

Mag.^a Berthold MBA eh.

Scheinast eh.

Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl eh.